

Frauen ausgebremst

Ziel ist eine Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen auf 50%. Davon ist die Düsseldorfer Stadtverwaltung noch weit entfernt. **S.2**

Sozialticket ist zu teuer

Die Ratsfraktion DIE LINKE. errechnete, dass bei einem Preis von 10,- Euro das Sozialticket-Mein Ticket kostenneutral wäre. **S.3**

Allwetterbad in Gefahr

Weil jahrelang am Schwimmbad in Flingern nichts renoviert wurde, droht jetzt die Schliessung. Jetzt ist Protest nötig. **S.5**

Schulen marode

30 Millionen Euro forderte DIE LINKE. für die dringend benötigte Sanierung der Schulen. Der Antrag wurde abgelehnt. **S.7**

Wächst Elbers eine lange Nase?



Foto: delater / pixelio.de

Das Märchen von der Schuldenfreiheit

Schuldenfreiheitsuhr abschalten

Im September 2007 erklärte der Oberbürgermeister Düsseldorf als schuldenfrei und ließ zur Dokumentation eine digitale Anzeige installieren, an der man heute noch ablesen kann, seit wann die Stadt „schuldenfrei“ sei.

Jeder Mensch und jede Institution ist schuldenfrei, wenn er oder sie keine Schulden hat. Wer Kredite aufgenommen hat, die noch nicht zurückgezahlt sind, ist also nicht schuldenfrei. Diese Binsenweisheit ist auch der Stadt Düsseldorf bekannt. Deshalb bezeichnet sich die Stadt als wirtschaftlich schuldenfrei. Dieser kleine Einschub soll anzeigen, dass die Stadt mehr Vermögen als Schulden hat. 2007 wurde die „Schuldenfreiheit“ dadurch erreicht, dass Aktien und Anteile an Unternehmen verkauft wurden. Vor 2007 gehörten diese Werte zum Vermögen der Stadt, also hat bereits damals die Stadt mehr Vermögen als Schulden gehabt, war nach der Definition des Oberbürgermeisters schuldenfrei.

Nun könnte man sagen, seit damals werden keine Kreditzinsen bezahlt. Aber das ist falsch, denn auch 2007 blieb noch ein Kreditvolumen von 193.100.000,- Euro übrig. Diese Kre-

dite sollen bis zum 31.12.2012 auf 87.400.000,- Euro zurückgeführt werden.

Da die Stadt aufgrund der Senkung der Gewerbesteuer seit 2008, der Erhöhung der Ausgaben durch unsinnige Millionen-Projekte und durch Verlagerung von Aufgaben zu Lasten der Stadt ein immer größeres Defizit ausweist, greift sie auf ihre Rücklagen zurück. Sie nimmt aber auch Kredite auf. Eine Kreditaufnahme bei Finanzunternehmen würde unweigerlich eine Diskussion über die „Schuldenfreiheit“ der Stadt nach sich ziehen. Um das zu vermeiden, werden diese Kredite bei den Tochterunternehmen der Stadt aufgenommen und im Haushalt unter dem Begriff „in Anspruch genommene Liquidität der Holding“ kaschiert. Bereits 2011 wurde eine Summe von 66 Millionen Euro von der Holding an die Stadt überwiesen. Im nächsten Jahr sollen es bereits 346.200.000,- Euro sein.

Ein Betrag in dieser Größenordnung übersteigt die finanziellen Möglichkeiten der Holding bei Weitem. Das heißt, die Holding muss selber Kredite aufnehmen um ihrerseits der Stadt Kredite gewähren zu können. Da die Holding als privat-

wirtschaftlich organisiertes Unternehmen schlechtere Zinskonditionen erhält als die Stadt, ist zu befürchten, dass dieses Manöver unterm Strich teurer ist, als wenn die Stadt selbst die Kredite aufnimmt.

Bisher wurden die Defizite im Haushalt aus der Ausgleichsrücklage gedeckt. Für 2013 wird noch eine Ausgleichsrücklage von 257,8 Millionen Euro prognostiziert. Gleichzeitig wurde vom Kämmerer bereits Mitte des Jahres bekannt gegeben, dass im schlimmsten Fall die Ausgleichsrücklage bis Ende 2012 auf rund 150 Millionen Euro zusammenschrumpfen wird.

Unterm Strich heißt das, dass die Stadt im nächsten Jahr eine Gesamtkreditaufnahme von über 430 Millionen Euro aufweist und damit um mindestens 172 Millionen Euro über der Ausgleichsrücklage liegt.

Die Schuldenfreiheit der Stadt Düsseldorf war von Anfang an nur ein Märchen. Daran hat auch der Begriff der wirtschaftlichen Schuldenfreiheit nichts geändert. Damit sollte Schluss sein. Es bleibt nur übrig, die „Schuldenfreiheitsuhr“ abzuschalten, um nicht auch noch unnötig Energie zu verschwenden.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Alle Jahre wieder... berät in der Vorweihnachtszeit der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf den städtischen Haushalt für das nächste Jahr. Die letzte Ratssitzung des Jahres ist für die Verabschiedung des Haushaltes reserviert. Alle Jahre wieder haben die Fraktionsvorsitzenden in dieser Sitzung die Gelegenheit, die Politik der eigenen Fraktion darzulegen. CDU und FDP erzählen, wie erfolgreich ihre Politik ist und was die EinwohnerInnen dieser Stadt ihnen zu verdanken haben. Die Oppositionsfraktionen beweisen, für welche überflüssigen Projekte die Stadt das Geld verschwendet und wie diese Politik die Stadt in Arm und Reich teilt.

Alle Jahre wieder bringt die Opposition zahlreiche Anträge ein, um dem Haushalt die richtigen Impulse zu geben. Und alle Jahre wieder werden sämtliche dieser Anträge von CDU und FDP abgelehnt.

Es ist uns ein Anliegen, in dieser Ausgabe des Rheinblicks einige unserer Anträge zum Haushalt 2013 vorzustellen. Denn auf diese Art und Weise haben Sie, liebe LeserInnen, die Gelegenheit, sich mit der Politik der Ratsfraktion DIE LINKE. zu beschäftigen.

Die Haushaltsrede, in diesem Jahr von unserem Ratsmitglied Nicki Blanchard gehalten, können Sie auf unserer Internetseite nachlesen, wie auch die Anträge, die wir zum Haushalt eingebracht haben.

DIE LINKE. Ratsfraktion Düsseldorf und die Redaktion des R(h)einblicks wünscht Ihnen ein gesundes und friedliches neues Jahr.

Ratsfraktion DIE LINKE. Düsseldorf
Luegallee 65
40545 Düsseldorf

Telefon 0211 - 8995123
Bürozeiten: Mo.- Fr. von 10-14 Uhr

info@linksfraktion-duesseldorf.de
www.linksfraktion-duesseldorf.de

35.383 Arbeitslose in Düsseldorf = 11,6%

DIE LINKE. Ratsfraktion Düsseldorf veröffentlicht monatlich die tatsächliche Arbeitslosenzahl für Düsseldorf. Dies ist notwendig, da die offizielle Arbeitslosenzahl kein Abbild der Wirklichkeit darstellt. Um die Anzahl der Arbeitslosen niedriger darzustellen, wird bei der offiziellen Zahl ein großer Teil der Arbeitslosen einfach herausgerechnet. So werden Arbeitslose, die krank sind, einen Ein-Euro-Job haben, von privaten Arbeitsvermittlern betreut werden oder an Weiterbildungen teilnehmen, nicht als arbeitslos gezählt. Fast alle Arbeitslose, die älter als 58 sind, erscheinen ebenfalls nicht in der offiziellen Zahl.

Durch diese Tricks verändert sich die Arbeitslosenzahl stark: Die offizielle Zahl in Düsseldorf lag im November 2012 bei 26.360 (offizielle Arbeitslosenquote 8,5 %). Entnommen wird diese Zahl dem monatlich erscheinenden Bericht der Bundesagentur für Arbeit. In den Anlagen des Berichts findet sich jedoch auch die Zahl der „Unterbeschäftigung im engeren Sinne“, in der die oben genannten Gruppen nicht herausgerechnet sind. Diese tatsächliche Arbeitslosenzahl liegt mit 35.383 um 9.023 Personen höher, als die schön gerechnete offizielle Zahl. Die genaue Aufschlüsselung der herausgerechneten Personen ist auf unserer Website unter www.linksfraktion-duesseldorf.de zu finden.

Warum alles teurer wird

Im nächsten Jahr werden Gebühren und Eintrittsgelder angehoben. Zum Beispiel werden Kurs-Gebühren der VHS erhöht – Mehreinnahmen 432.280.- Euro. Der Eintritt ins Stadtmuseum, bisher kostenlos, kostet jetzt 4.- Euro – Mehreinnahmen 30.000.- Euro. Die Nutzung der Stadtbüchereien verteuert sich – Mehreinnahmen 120.000.- Euro. Warum das so ist? Nun, die Stadt gibt ja auch Geld aus. Zum Beispiel für die Umsetzung des Kö-Bogen-Pavillons 800.000.- Euro. Für ein neues Stadtlogo, womit sich Düsseldorf zum Gespött Aller gemacht hat, 150.000.- Euro. Für die Bambi-Verleihung über 1 Million Euro. Zu genaueren Kosten der Bambi-Verleihung wollte der Oberbürgermeister keine Auskunft geben.

50% - Quote umsetzen Gleichberechtigung in der Verwaltung

1999 wurde in NRW das „Gesetz zur Gleichstellung von Frauen und Männern“ (LGG) beschlossen. Danach ist ein Frauenförderplan zu erstellen, mit der Zielsetzung den Frauenanteil in den Bereichen, in denen sie unterrepräsentiert sind, auf 50 % zu erhöhen.

13 Jahre nach Erlass des Gesetzes ist die Stadt Düsseldorf von diesem Ziel weit entfernt. Auch in den Besoldungsgruppen unterhalb der Führungskräfte wird das Ziel von 50 Prozent meist nicht erreicht. Die Übersicht aller Beschäftigten vom Juli 2012, zeigt, dass Frauen in den sechs höchsten Besoldungsgruppen deutlich unterrepräsentiert sind. Nur im Bereich Soziales und Erziehung (51,6 %) und Gesundheit (68,57 %, wobei in der höchsten Besoldungsgruppe nur Männer sind), werden die Ziele erreicht. In Technik, Handwerk und Naturwissenschaft (25,58 %), Schule und Kultur (41,3 %) und der zahlenmäßig größten Gruppe der Verwaltung (39,4 %) sind Frauen in den höheren Besoldungsgruppen deutlich unterrepräsentiert.

Es zeigt sich, dass die von der Verwaltung der Stadt Düsseldorf abgegebenen „Zielvereinbarungen zur beruflichen Chancengleichheit von Frauen und Männern“ nicht ausreichen. So werden zwar

von den einzelnen Instituten und Ämtern Absichtserklärungen abgegeben und Maßnahmen durchgeführt, zu einer Verbesserung der Situation ist es jedoch nicht gekommen.

Laut der Statistik über die Beschäftigten der Stadtverwaltung Düsseldorf vom 31.07.2012 sinkt der Anteil der weiblichen Führungskräfte sogar seit 2010. Lag der Anteil der Frauen im Jahre 2010 noch bei 27,56 %, waren es im 1. Halbjahr 2012 nur noch 24,85%.

Noch deutlicher wird das Verhältnis bei Betrachtung des städtischen Verwaltungsvorstandes, dem eine Frau, aber sieben Männer angehören.

Um dem Landesgleichstellungsgesetz genüge zu leisten, hat die Fraktion DIE LINKE. im Rat den Antrag gestellt den Anteil von Frauen in städtischen Führungspositionen auf 50 % anzuheben.

Der Antrag wurde von der Mehrheit abgelehnt. Damit hat sich die Mehrheit der Ratsmitglieder gegen die Erfüllung des Gesetzes gestellt.



Der Kampf ist noch lange nicht zu Ende - Gender Pay Day 2012

Foto: DIE LINKE

Sozialberichterstattung Rahmenplan wird nicht umgesetzt

Die Sozialberichterstattung in Düsseldorf liefert Grundlagen zur sozialpolitischen Steuerung und bildet die Basis zur Weiterentwicklung der Hilfeangebote und Leistungen im sozialen Sektor. Hierzu sind verschiedene Berichte vorgesehen, die themenspezifisch die aktuell vorhandene Datenlage darstellen. Thematisch reichen die Berichte von der Bildungssituation über die Lebenssituation von Menschen mit Behinderung bis zur Schuldensituation privater Haushalte in Düsseldorf.

Zur Koordination dieser Berichte wurde im Jahr 2009 ein Rahmenplan zur Sozialberichterstattung verabschiedet, welcher eine transparente und systematische Berichterstattung fördern und sicherstellen sollte. Geplant waren jeweils zwei Berichte pro Jahr, der Rahmenplan listete diese detailliert nach Themen und Zeitplan auf.

Bisher sind jedoch lediglich die Berichte erschienen, welche im Rahmenplan für die Jahre 2009 und 2010 vorgesehen waren. Nachdem wir hierzu bereits zwei Anfragen im Ausschuss für Gesundheit und Soziales gestellt hatten, fragten wir nun im Rat der Stadt Düsseldorf nach den fehlenden Berich-

ten. Aufgrund der Anfrage stellte sich heraus, dass eine „Lenkungsgruppe Sozialberichterstattung“ bereits im März dieses Jahres beschlossen hatte, die Berichtsplanung grundlegend zu ändern.

Die neue Berichtsplanung verschiebt die Veröffentlichungstermine zum Teil um Jahre, fasst zwei Berichte zu einem zusammen und gibt für einen anderen gar kein Veröffentlichungsdatum mehr an. Ratsmitglieder oder Mitglieder der zuständigen Ausschüsse wurden über

diese Änderungen nicht informiert. Im ursprünglich beschlossenen Rahmenplan hieß es, er solle wesentlich zur allgemeinen Planungssicherheit beitragen und der Politik und Öffentlichkeit einen Orientierungsrahmen über die Terminlage der jeweils anstehenden Berichte geben. Darüber, dass dieser Rahmenplan keine Gültigkeit mehr besitzt, wurde die Politik und Öffentlichkeit jedoch erst ein halbes Jahr später aufgrund unserer Anfrage informiert.



Die Stadtverwaltung lässt sich viel Zeit

Foto: © Mika Abey/pixelio

10 Euro-Sozialticket bringt Gewinne

Über 2 Millionen Euro für die Rheinbahn

Der VRR-Verwaltungsrat hat Ende September beschlossen, das „SozialTicket - MeinTicket“ für GeringverdienendenInnen und Hartz IV-Beziehende zu einem Preis von 29,90 Euro im Regelarif fortzuführen. Die Ratsfraktion DIE LINKE. erachtet es als sinnvoll, ein vergünstigtes Ticket im Regelarif anzubieten. Allerdings lehnen wir – wie auch die Sozialticket-Initiativen – den Preis von 29,90 Euro als deutlich zu hoch ab. Zu den diesjährigen Haushaltsberatungen im Düsseldorfer Rat beantragten wir daher, das Ticket in Düsseldorf für 10,- Euro anzubieten.

Wir halten aus sozialen und ökologischen Gründen ein Sozialticket für 10,- Euro für gesellschaftlich geboten. Darüber hinaus ist es jedoch auch aus wirtschaftlicher Sicht zu befürworten. So geht aus einer Anfrage unserer Fraktion hervor, dass in Düsseldorf zwar 92.000 Personen Anspruch auf das „SozialTicket - MeinTicket“ haben, aufgrund des hohen Preises es jedoch kaum angenommen wird.

Des Weiteren stellte sich heraus, dass von den wenigen KäuferInnen nur fünf Prozent Neukunden waren, alle anderen sind von einem teureren Ticket umgestiegen.

Die genauen Zahlen zu diesem Ticket in Düsseldorf können der Tabelle 1 entnommen werden. Als „Mehreinnahmen“ werden in der Tabelle zusätzliche Einnahmen für die Rheinbahn durch Neukunden ausgewiesen. „Mindereinnahmen“ bezeichnen das Geld, welches durch umgestiegene Altkunden auf Grund des geringeren Ticketpreises weniger einge-

nommen wird (die VRR-Evaluation zum SozialTicket geht für Düsseldorf von einem durchschnittlichen Altumsatz von 47,36 Euro aus).

Deutlich zu erkennen ist, dass aufgrund der sehr niedrigen Zahl an Neukunden die Mehreinnahmen äußerst gering ausfallen. Dortmund hatte ein Sozialticket für 15,- Euro angeboten und bei 60.000 Anspruchsberechtigten rund 24.000 Tickets verkauft, was einer Inanspruchnahme von 40 % entspricht. Rechnet man in Düsseldorf mit 41 %, wäre ein 10 Euro-Sozialticket im Vergleich zu einem Angebot ganz ohne ermäßigtem Ticket kostenneutral (siehe Tabelle 2).

Ein 10 Euro-Ticket wird sich jedoch mit Sicherheit besser verkaufen als ein 15 Euro-Ticket. Das Ticket würde sich nicht nur selbst finanzieren, es würde Gewinn abwerfen – bei einer 60

%-Quote bereits über 2.000.000 Euro im Jahr. Die Verluste beim derzeitigen Modell werden durch Landeszuschüsse ausgeglichen. Bei einem 10 Euro-Ticket wären keine Landeszuschüsse notwendig, für die Stadt würden keine Kosten entstehen und die Rheinbahn könnte zusätzliche Gewinne machen.

Ein Sozialticket zu 10,- Euro ist finanzierbar, es muss jedoch politisch gewollt sein. Die Fraktionen von CDU, FDP, SPD und Grünen halten das 29,90 Euro-Ticket für einen Erfolg. Norbert Czerwinski, Sprecher der Grünen-Ratsfraktion, gab einen Tag nach Veröffentlichung der desaströsen Absatzzahlen per Pressemitteilung bekannt: „das Ticket ist erfolgreich“. „Damit sei ein zentrales Projekt der Zusammenarbeit zwischen GRÜNEN und CDU im VRR erfolgreich umgesetzt“, heißt es weiter in seiner Pressemitteilung vom 27.09.2012.

Tabelle 1: Inanspruchnahme 29,90 Euro-Ticket

SozialTicket-MeinTicket zu 29,90 Euro		
Durchschnittliche Inanspruchnahme pro Monat		
418 Neukunden	Mehreinnahmen:	+12.498 Euro
7.950 Altkunden	Mindereinnahmen:	-138.807 Euro
	Gesamtsumme:	-126.309 Euro
	Pro Jahr:	-1.515.708 Euro

Tabelle 2: Inanspruchnahme 10 Euro-Ticket

Sozialticket zu 10,- Euro		
Inanspruchnahme von 41% der Anspruchsberechtigten		
29.770 Neukunden	Mehreinnahmen:	+297.770 Euro
7.950 Altkunden	Mindereinnahmen:	-297.012 Euro
	Gesamtsumme:	+758 Euro
	Pro Jahr:	+9.096 Euro

CO Pipeline

Verwaltung auf Linie der LINKEN

Im letzten Rheinblick haben wir bereits ausführlich über das Planänderungsverfahren zur CO-Pipeline des Bayer-Konzerns berichtet.

Erst DIE LINKE. hat das Thema CO-Pipeline sowohl im Rat als auch in zwei Bezirksvertretungen (07 Gerresheim/Grafenberg/Hubbelrath/Ludenberg und 10 Garath/Hellerhof) zur Sprache gebracht. Daraus folgten in den beiden Bezirksvertretungen gemeinsame Anträge der Fraktionen an die Verwaltung. Als Reaktion auf den Antrag der LINKEN haben auch die Rastfraktionen CDU, SPD, Grüne und FDP einen Antrag zur CO-Pipeline im Rat eingebracht.

In einer Antwort auf eine Anfrage im Rat zum Thema „Einwände gegen die Inbetriebnahme der CO-Pipeline“ vom 8.11.2012 stellt die Verwaltung fest:

„Zusammenfassend bleibt nach wie vor festzustellen, dass aufgrund

- der akuten und sofortigen Gefährdung von Menschen und Tieren im Nahbereich der Leitung bei einem Vollbruch,
- der Verzögerung der Schadenerkennung durch die Überwachungssysteme,
- der notwendigen Anfahrtszeiten alarmierter Einsatzkräfte an die Peripherie des Stadtgebietes und deren zeitaufwändigen, aber zwingend erforderlichen Selbstschutzmaßnahmen weit vor der eigentlichen Leckagestelle durch Atemschutz und CO-Messungen
- der Erfolg einer zeitnahen Fremderrettung von Personen im Nahbereich der Pipeline äußerst stark eingeschränkt ist.

Daher besteht für die Anwohner nur über eine frühzeitige Sirenenwarnung eine begrenzte Möglichkeit, selbst in

Gebäuden temporäre Sicherheit zu erlangen, bis von außen Hilfe geleistet werden kann oder die Gaswolke sich aufgelöst hat.

Deshalb hält die Landeshauptstadt Düsseldorf die Inbetriebnahme der CO-Pipeline – insbesondere wegen der Nähe zu einigen Wohngebieten – für äußerst problematisch und lehnt diese in Ermangelung an wirksamen Gefahrenabwehrmöglichkeiten durch die Landeshauptstadt Düsseldorf ab.“

Mit der Ablehnung der CO-Pipeline geht die Verwaltung eindeutig weiter als der Ratsantrag von CDU/SPD/Grüne/FDP. Dort wird mit keinem Wort die Ablehnung gefordert.

Die LINKE. lehnt die CO-Pipeline grundsätzlich ab. Sie ist aus logistischen Gründen für die Produktion völlig unnötig, gefährdet Leben und sichert nur den Profit von Bayer.

Joachim-Erwin-Platz

Nachdem vor Monaten einige Leute den Vorschlag, die Flughafenbrücke nach Joachim Erwin zu benennen, tot diskutiert haben, taucht jetzt ein neuer Vorschlag auf: Der Platz unter dem noch vorhandenen Tausendfüßler soll nach dem ehemaligen Oberbürgermeister benannt werden.

Grundsätzlich sollte man über so einen Vorschlag nachdenken. Ein Platz in unmittelbarer Nähe des Kö-Bogens nach Erwin zu benennen hat was. So könnten auch nachfolgende Generationen noch nach Jahrzehnten nachvollziehen, wem wir den Kö-Bogen, die durch ihn verursachten Kosten und die resultierenden Schulden zu verdanken haben. Im Mittelalter gab es den Pranger, heute könnte man Plätze benennen.

Im Fall von Joachim Erwin gäbe es jedoch Schwierigkeiten. Man müsste auch die Arena in Joachim-Erwin-Arena und die Wehrhahnlinie in Joachim-Erwin-Linie umbenennen. Auch diese Projekte haben dreistellige Millionensummen gekostet und verursachen Nachfolgekosten in zweistelliger Millionhöhe pro Jahr. Gespannt darf man sein, welche Vorschläge für Dirk Elbers einst gemacht werden.

Personalsituation wird immer schlechter

Etwa 630 Stellen sind dauerhaft bei der Stadtverwaltung unbesetzt. Die Stadt will an diesem Zustand auch nichts ändern, denn sie will dass die Dezernate nächstes Jahr rund 13 Millionen Euro an Personalkosten einsparen. Darüber hinaus sollen frei werdende Stellen mindestens ein Jahr nicht neu besetzt werden. Tariferhöhungen sollen aus dem Etat der Dezernate aufgefangen werden, so dass sich die Gesamtsumme, die gespart werden soll, auf rund 35 Millionen Euro erhöhen wird. Die Stadt versucht die Situation schön zu rechnen, in dem sie angibt, dass es über 450 überplanmäßige Stellen geben würde. Diese Stellen werden jedoch dringend benötigt.

Die Folgen sind schon jetzt spürbar. Der Bürgerservice verschlechtert sich. Gleichzeitig erhöht sich der Arbeitsdruck auf die Beschäftigten. Die Ratsfraktion DIE LINKE. schloss sich der Meinung des Gesamtpersonalrates an und stellte im Rat einen Antrag auf Erhöhung der Personalkosten um 35 Millionen Euro.

Mieten unter 5.- Euro

Auf der Ratssitzung am 08. November wurde eine Anfrage zu Wohnungsangeboten für 5.- Euro pro Quadratmeter gestellt. Die Antworten der Verwaltung waren höchst interessant und zeigen auf, wie die Stadt zu kostengünstigen Mieten steht.

Zeitungsauswertungen in den ersten sieben Monaten des Jahres haben ganze fünf Anzeigen ausgewiesen, in denen eine Nettokaltmiete bis zu 5.- Euro pro Quadratmeter angeboten wurden. Im Jahr 2012 sind 133 Sozialwohnungen mit einer Nettokaltmiete von max. 5.- pro Quadratmeter frei geworden. Haushalte, die eine solche Wohnung suchen, sollen nach Meinung der Verwaltung einen Wohnberechtigungsschein beantragen und sich als wohnungssuchend registrieren lassen.

Dass bereits ca. 4.500 Haushalte registriert sind, hat die Verwaltung verschwiegen. Bei 133 frei werdenden Wohnungen pro Jahr braucht man 34 Jahre, um alle bisher registrierte Wohnungssuchende unterzubringen.

VerbraucherInnenkredite

Anfang Oktober entschied das Oberlandesgericht in Dresden, dass Bearbeitungsgebühren für Kredite, die in der Regel bei zwei bis drei Prozent der Kreditsumme liegen, unzulässig und damit unwirksam sind. Damit schloss sich das OLG Dresden der Urteile in Bamberg, Hamm, Karlsruhe und Zweibrücken an. In den Urteilen wurde festgestellt, dass Bearbeitungs- und/oder Abschlussgebühren für Verbraucherkredite, Autofinanzierung oder Hausbauhypotheken unzulässig sind und zurückgezahlt werden müssen. Nach Ansicht der Verbraucherberatung NRW besteht der Anspruch auf Erstattung für die letzten zehn Jahre.

Die Ratsfraktion Die LINKE. hat die VertreterInnen der Stadt im Verwaltungsrat der Stadtparkasse aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Bearbeitungsgebühren für VerbraucherInnenkredite, die in den letzten zehn Jahren erhoben wurden, auf Antrag den KreditnehmerInnen erstattet und in Zukunft diese Gebühren nicht mehr erhoben werden.

Dazu gab es in der Ratssitzung am 08. November einen Antrag, der von CDU, FDP und SPD abgelehnt wurde.

Städtischen Haushalt sanieren

Einnahmen um 87 Millionen erhöhen

Am 01.01.2008 trat in Deutschland eine Reform der Unternehmenssteuer in Kraft. Ein Teil der Unternehmenssteuer ist die Gewerbesteuer, die den größten Teil der Einnahmen für die Kommune darstellt. Die Höhe der Gewerbesteuer wird bestimmt durch die Gewerbesteuerermesszahl und den Hebesatz.

Mit der Reform von 2008 wurde die Gewerbesteuerermesszahl um 30 % abgesenkt. Der Hebesatz wird von der Kommune festgelegt. In Düsseldorf betrug er 2004 noch 455 v. H. In den Folgejahren wurde er durch entsprechende Ratsbeschlüsse auf aktuell 440 v. H. gesenkt. Zusammen mit der Unternehmenssteuerreform wurde damit der Steuersatz für Unternehmen in Düsseldorf im Vergleich zu 2004 um 32 % gesenkt.

Auch in Düsseldorf müssen sich die Verwaltung und die Politik Gedanken

machen, wie man die steigenden Ausgaben und sinkenden Einnahmen ins Gleichgewicht bringt. Der Ratsmehrheit aus CDU und FDP fällt dazu nichts anderes ein als „Weiter so!“

Jetzt hätte noch die Möglichkeit bestanden, den 2. Bauabschnitt des Kö-Bogens zu stoppen und damit Kosten in Höhe von über 100 Millionen Euro für die Folgejahre zu vermeiden. Um diese Möglichkeit aber gar nicht erst zur Diskussion zu stellen, wurden die Weichen für den Abriss des Tausendfüßlers und den Bau der Tunnel noch schnell vor den Haushaltsberatungen gestellt und die Arbeiten vergeben.

Statt hier zu sparen, sollen im Personalbereich der Stadt weiterhin fast 700 Stellen nicht besetzt werden. In diesem Bereich will man noch weitere Einsparungen vornehmen, in dem freier werdende Stellen für ein Jahr nicht

besetzt werden. Den Dezernaten wird vorgegeben, mit dem jetzigen Personalbudget auszukommen, obwohl auch im nächsten Jahr eine Tarifierhöhung kommen wird. Letzten Endes wird man hier nur einsparen können, wenn Leistungen für die EinwohnerInnen gekürzt werden.

Die Einnahme-Situation soll verbessert werden, indem Gebühren und Eintrittsgelder erhöht werden. Durch die Erhöhung der Müllabfuhr und der Straßenreinigung werden die Wohnkosten für alle EinwohnerInnen teurer. Die Nutzung der städtischen Bibliotheken, der Eintritt in die Museen wird sich verteuern. Die Leistungen der Stadt werden geringer, dafür müssen die EinwohnerInnen für die Nutzung dieser Leistungen mehr bezahlen.

Es ginge auch anders.

DIE LINKE. Ratsfraktion hat beantragt, den Hebesatz der Gewerbesteuer um zehn Prozent auf 484 v. H. anzuheben. Für die Unternehmen würde dieser Hebesatz im Vergleich zu 2004 immer noch einen um 26 % günstigeren Steuersatz bedeuten. Dieser Hebesatz wäre immer noch günstiger als in vielen anderen Städten in NRW. Für die Stadt ergäben sich Mehreinnahmen für 2013 von über 87 Millionen Euro. Damit bräuchte man Gebühren und Eintrittsgelder nicht erhöhen und keine Leistungen einzuschränken.

Der Antrag wurde abgelehnt.



wird noch teurer

Fot: © Daniel Rennen / pixelio.de

Ehrung für Völkermörder

Strassennamen und ihre Bedeutung

Im Rheinblick Nr. 9 hatten wir begonnen auf Düsseldorfer Straßennamen hinzuweisen, mit denen Kolonial- oder Naziverbrecher geehrt werden. Dies setzen wir heute fort. Gleichzeitig fordert die Ratsfraktion, dass durch Umbenennung WiderstandskämpferInnen gegen den Faschismus geehrt werden. Dies ist gerade jetzt hoch aktuell. Auch wenn die Änderung des Straßennamens für die Anwohner formal unangenehm ist. Aber noch unangenehmer ist sicherlich, wenn die persönliche Anschrift an einen Nazi-Mörder oder Kolonial-Verbrecher erinnert.

Die „Woermannstraße“ in Urdenbach

Adolph Woermann (1847 - 1911) gilt in weiten Kreisen als ehrbarer Kaufmann. Er übernahm 1880 das Hamburger Handelshaus mit einer Afrikaflotte, das an dem Handel mit Palmölprodukten aus Liberia reich geworden ist. Als rücksichtsloser Kolonialkaufmann im Rahmen seiner Beteiligung an allen wichtigen Überseeunternehmen, Schiffs- und Eisenbahngesellschaften,

Banken und Kupferminen veranlasste er Maßnahmen, die zu unvorstellbarem Leid der afrikanischen Bevölkerung führten.

So lässt er zusammen mit dem Hamburger Handelshaus Woelber & Blohm Arbeitssklaven zum Eisenbahnbau von Togo nach Kongo transportieren. Mit Privatarmeen gehen die Kaufleute gegen die rebellierende afrikanische Bevölkerung vor, plündern, brennen Dörfer nieder und treiben die Enteigneten in Reservate und in die Zwangsarbeit. Dies führte zu hohen Todesraten. Die Kriegszüge brachten zum Einen die Ausweitung der Handelsinteressen des Handelshaus Woelber & Blohm, zum Anderen gelang so der Nachschub von Arbeitssklaven. Gefangene wurden in Ketten gelegt und zum Straßenbau getrieben.

Nach der Niederschlagung des Herero-Aufstandes 1904 werden von der Militärverwaltung für die besiegten Herero- und Nama-Völker Konzentrationslager eingerichtet. Aus diesen bezieht Woermann Zwangsarbeiter - Männer, Frauen und Kinder - für sein Unternehmen und steckt sie in eigene Lager.

Woermann war das, was man einen Schreibtischtäter nennt. Er profitierte von der Unterdrückung, dem Leid und dem Tod der Menschen in den Kolonialgebieten. Niemals sollten diese Täter durch Straßennamen geehrt werden.



Werbung der Woermann-Gesellschaft

Sozialproteste verschärfen sich



Foto: © flickr/Mehran Khalili

DGB und DIE LINKE. Düsseldorf: Erfolgreiche, gemeinsame Veranstaltung im DGB-Haus

In der Eurokrise sind die Gewerkschaften und DIE LINKE die einzigen größeren gesellschaftlichen Formierungen in Deutschland von denen die herrschende Europapolitik deutlich kritisiert wird. Nun kommt es darauf an, diese Kritik auch auf die Straße zu bringen. Dies war das Fazit einer inspirierenden gemeinsamen Veranstaltung des DGB Düsseldorf-Bergisches Land und des Kreisverband Düsseldorf der LINKEN am Montag, den 26. November im DGB-Haus in der Landeshauptstadt.

Der vom DGB geladene Referent der Hans-Böckler-Stiftung, Dr. Thorsten Schulten verdeutlichte, wie mittlerweile die Institutionen der EU ihre neoliberale Agenda durchsetzen und beispielsweise das Zurückdrängen gewerkschaftlicher Verhandlungsmacht offen als „Beschäftigungsfreundliche Politik“ bezeichnen. Dementsprechend sind dann auch gerade in den südeuropäischen Krisenstaaten massive Eingriffe in die Tarifautonomie und in den Arbeitsmarkt vorgenommen worden, die die Kräfteverhältnisse einseitig zugunsten der „Märkte“ verschoben haben. Als Ursache für die Eurokrise identifizierte er die massiven Ungleichgewichte in der

Einkommens- und Vermögensverteilung in ganz Europa. Dementsprechend sind Umverteilung, Reregulierung der Finanzmärkte, ein Ende der Austeritätspolitik (strenge staatliche Sparpolitik) und ein „Marshallplan für Südeuropa“ für ihn die Alternativen mit denen der Eurokrise begegnet werden müsste.

Sahra Wagenknecht hob ebenfalls den Demokratieabbau innerhalb der europäischen Institutionen zugunsten der „Märkte“ hervor und geißelte die Unsinnigkeit der Austeritätspolitik. Für sie macht alleine die Verschuldungsentwicklung in Griechenland deutlich, wie absurd das Vorgehen der Troika ist. So sei die Verschuldung des Landes im Zuge der sogenannten „Rettungspakete“ von 120 Prozent auf 180 Prozent des Bruttoinlandsprodukts hochgeschraubt worden, während die privaten Anleger fast komplett ihre maroden Anlagen auf Kosten der Staatshaushalte losgeworden sind.

Gemeinsam priesen sie die europaweiten Mobilisierungen am 14.11. als ermutigendes Signal des Protestes gegen die Entwicklung in Europa. In der lebhaften Diskussion wurde aber auch auf die Notwendigkeit einer stärkeren

Mobilisierung gegen diese Politik hingewiesen.

Zum Abschluss machte Klaus Churt vom DGB, der die Veranstaltung gemeinsam mit Nils Böhlke von der LINKEN moderiert hatte, noch einmal deutlich, dass es jetzt darauf ankommen muss, genau die Debatte, die an dem Abend gemeinsam geführt wurde, in die Betriebe zu bringen und deutlich zu machen, dass es nicht die Griechen, sondern die Banken sind, die von der derzeitigen Rettungspolitik profitieren.

Letztlich war die gemeinsame Veranstaltung mit über hundert Gästen und einer sehr solidarisch geführten Diskussion ein voller Erfolg, in der insbesondere die starken Gemeinsamkeiten in der Kritik an der Europapolitik sowohl der Bundesregierung und auch der vermeintlichen Oppositionsparteien SPD und Grüne deutlich wurde. So war es auch der vom DGB eingeladene Dr. Thorsten Schulten, der deutlich sagte, dass in der Europafrage die Sozialdemokratie als Oppositionskraft europaweit völlig ausfalle. DIE LINKE sei aber (noch) nicht stark genug diesen Ausfall zu kompensieren. Dies muss DIE LINKE als Arbeitsauftrag annehmen.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die Mitgliederversammlung der Düsseldorfer LINKEN hat ihre beiden Bundestagskandidat_innen gewählt. Im Wahlkreis 106 (Norden) kandidiert Helmut Born, Mitglied im Landesvorstand Ver.di und freigestellter Betriebsratsvorsitzender, im Wahlkreis 107 (Süden) Sahra Wagenknecht, stellvertretende Partei- und Fraktionsvorsitzende unserer Partei. Beide Kandidat_innen stehen für eine klare Politik im Interesse der Arbeitnehmer_innen, der Rentner_innen und der Erwerbslosen.

Seit über 15 Jahren richtet sich die Politik von Schwarz/Gelb, „Rot“/Grün, Schwarz/„Rot“ und jetzt wieder Schwarz/Gelb gegen die Mehrheit der Bevölkerung. Lohndumping, Leiharbeit, Rentenkürzung, Hartz IV, Senkung der Unternehmenssteuern, Deregulierung der Banken führten zu einem immer stärker werdenden Anwachsen der privaten Vermögen der Millionäre und Milliardäre auf der einen Seite und zu einer immer stärker wachsenden Zahl armer Menschen auf der anderen Seite. Der unermessliche Reichtum einer kleinen Minderheit in Deutschland wurde finanziert durch die Ausplünderung der sozial Schwachen und einer ständig wachsenden Verschuldung des Staates. Mit dieser Entwicklung will DIE LINKE Schluss machen. Sahra Wagenknecht und Helmut Born stehen für eine Politik für die Menschen und nicht für die Banken, Konzerne und Millionäre in diesem Land. Der Kreisvorstand Düsseldorf der Partei DIE LINKE wünscht allen Leserinnen und Lesern erholsame Feiertage und ein gesundes, erfolgreiches neues Jahr.

Lutz Pfundner,
Sprecher des Kreisverbandes
DIE LINKE. Düsseldorf

Kreisverband DIE LINKE.
Corneliusstr. 108
40215 Düsseldorf

Tel: 0211 933 60 81

info@die-linke-duesseldorf.de
www.die-linke-duesseldorf.de

Düsseldorfer Umfairteilen-Bündnis

Gegen Krise und Verteilungsunrecht hilft nur Protest

Die massive Umverteilung in Europa von den griechischen, spanischen, portugiesischen und deutschen Rentnern, Erwerbslosen, Beschäftigten und Studierenden zu den Milliardären, Banken, Großkonzernen und Finanzmarktspekulanten geht scheinbar unaufhaltsam weiter. Aber nur scheinbar überall in Europa führt die Wut darüber, dass Menschen, die die Krise nicht verursacht haben, die Zeche zahlen muss zu Protesten. Allein am 14. November gingen hunderttausende in Europa auf die Straße. Auch in Deutschland gibt es

Proteste. Sie sind (noch) nicht so groß wie in anderen Ländern, aber die Wut steigt auch hier.

Mit dem Umfairteilen-Bündnis auf der einen Seite und den Blockupy-Protesten auf der anderen gab es in den vergangenen Monaten erste Zeichen für wachsenden Protestwillen der deutschen Bevölkerung. Diese beiden Bewegungen werden auch in 2013 wieder auf die Straße gehen. So ist vermutlich für den 16. März ein dezentraler Protesttag des Umfairteilen-Bündnisses vorgesehen. Das Blockupy-Bündnis wird sich



dann im Mai mit einem weiteren Protesttag zu Wort melden. DIE LINKE wird rechtzeitig auf die Termine hinweisen und eigene Mobilisierungsveranstaltungen durchführen.

Gleichzeitig wird auch das Düsseldorfer Umfairteilen-Bündnis, das auch von der LINKEN unterstützt wird, weiter arbeiten und eigene Veranstaltungen anbieten und Aktionen durchführen. DIE LINKE steht weiter an der Seite derjenigen, die sich nicht damit zufrieden geben wollen, dass die Politik angeblich darauf auszurichten ist, dass „die Märkte zufriedenzustellen sind“. Für uns sind nicht die Märkte, sondern die Menschen maßgeblich für das Funktionieren des Gemeinwesens. *Nils Boehlke*



Das Problem heißt Rassismus!

Die Linke fordert die ersatzlose Abschaffung der Inlandsgeheimdienste

Am 04. November 2011 wurde bekannt, dass die Neonazi Gruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) 13 Jahre im Untergrund agierte, in dieser Zeit 10 Menschen türkischer und griechischer Herkunft und eine Polizistin ermordete. Polizei und Verfassungsschutz ermittelten insbesondere wegen Schutzgelderpressungen und Drogengeschäften türkischer oder kurdischer Organisationen. Ermittlungen in der rechtsextremen Szene wurden von Polizei und Verfassungsschutzämtern kaum angestellt.

Zwischen den Jahren 1990 und 2000 wurden in Deutschland 105 Menschen Opfer rassistischer Gewalt. Hinzu kommt der alltägliche Rassismus in der Mitte der Gesellschaft und den gesellschaftlichen Institutionen. Weiterhin werden Asylsuchende abgeschoben, elementare Menschenrechte verweigert, Sintis und Romas stigmatisiert, um nur einige wenige Beispiele zu nennen.

Bis heute konnten die parlamentarischen Untersuchungen nicht aufklären, wie diese Mordserie 13 Jahre

unentdeckt bleiben konnte. Hierbei spielt wiederum der Verfassungsschutz eine dubiose Rolle. Untersuchungen werden behindert, mögliche Beweise vernichtet, Akten geschreddert, Parlamentarier im Untersuchungsausschuss von Behörden als Sicherheitsrisiko diffamiert. Sowohl bei den Ermittlungen während der NSU Mordserie, als auch in der Aufarbeitung derselben mautet der Verfassungsschutz.

„Nicht die zentrale Erfassung der V-Leute, sondern ihre sofortige Abschaltung muss die Konsequenz aus der Verstrickung von Neonazis und Geheimdiensten sein. Dieser Sumpf muss trockengelegt werden“, erklärt Ulla Jelpke zur aktuellen Debatte am 05.11.2012 um die Einführung einer zentralen V-Leute-Datei. Die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE weiter:

„Nicht fehlende Koordination zwischen den Geheimdiensten von Bund und Län-

dern beim Spitzeneinsatz, sondern das V-Leute-Unwesen an sich ist das Problem. Verfassungsschutzämter haben die Naziszene über ihre V-Leute seit Jahrzehnten personell und finanziell gestärkt. V-Leute haben manche Naziorganisationen wie den Thüringer Heimatschutz, aus dem die NSU-Terroristen kamen, überhaupt erst gegründet.

V-Leute haben wiederholt schwere Straftaten einschließlich Brandanschlägen begangen und wurden dabei von den Verfassungsschutzämtern gedeckt. Immer wieder warnten die Geheimdienste ihre Spitzel vor Polizeieinsätzen und verhinderten so eine effektive Strafverfolgung neonazistischer Verbrechen. Das - und nicht die von Bundesverfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maaßen geforderte Stärkung der Spitzelbehörde - sollte ein Jahr nach Aufdeckung der NSU-Terrorzelle eine wesentliche Lehre sein.“

Geh doch nach drüben!

Der Lieblingsspruch aus der konservativ bis rechten Ecke, durch den Wegfall der DDR etwas außer Gebrauch geraten, erfährt eine unerwartete Wiederkehr. So empfahl OB Elbers, unter Verweis darauf, dass Düsseldorf kein Platz für billiges Wohnen ist, einkommensschwachen Mitbürgern/innen den Wegzug ins Umland. Aber es kommt noch doller; vor dem Hintergrund steigender Ausgaben für die Hilfe zur Pflege, 2010 3,4 Mrd. Euro, diskutieren Vertreter der Krankenkassen und Gesundheitspolitiker über die Unterbringung von bedürftigen Pflegepatienten im Ausland, wo Pflege billiger zu haben sei, noch beschränkt auf die EU. Quelle : Junge Welt, Nr. 252, 29.10.2012, Seite 9

Wir dürfen gespannt sein, wann die Verbringung auch in <Bundesprotektorate>, aktuell z. Bsp. Afghanistan-Nord oder demnächst vielleicht Mali, nicht nur für Pflegelinge, erwogen wird.

W. Spahr

Die Anti-Terror-Datei

Polizei und Geheimdienste habe Zugriff auf die Anti-Terror-Datei, in der polizeilich ermittelte Fakten mit Vermutungen und Annahmen der Geheimdienste vermischt werden. In dieser Datei werden Menschen, auch wenn sie legal hier leben, jedoch mit den „falschen Menschen“ Kontakt haben oder sich „auffällig verhalten“, gespeichert.

Das Trennungsgebot von Polizei und Geheimdiensten wird aufgehoben, damit werden rechtsstaatliche Prinzipien missachtet. Das grundgesetzliche Gebot, Polizei- und Geheimdiensttätigkeit nicht zu vermischen, ist eine wichtige Lehre aus der Erfahrung mit der Gestapo unter dem Faschismus.

Das Bundesverfassungsgericht befasst sich zurzeit mit diesem Thema.

(entnommen aus PM's von Jan Korte und Ulla Jelpke (MdB))

Dietmar Liebetanz

Christian Jäger

Die Zahl des Tages

11.482.885 Euro

Summe der staatlichen Zuschüsse für die NPD aus der jährlichen Parteienförderung von 2000 bis 2011 (laut dpa)

NRW Landeshaushalt 2012 von SPD/Grünen bleibt unsozial

„Die LINKE fehlt im Landtag NRW als treibende Kraft und so bleibt der Haushalt 2012 unsozial“, stellt LINKE-Landessprecher Rüdiger Sagel zur heutigen Debatte fest. „Nicht nur dass dieser Haushalt 2012 verfassungswidrig spät eingebracht wurde, noch viel mehr fehlt weiterhin eine solide Finanzierung von Städten und Gemeinden, Kitas, Schulen, Hochschulen und sozialen Einrichtungen. Trotz Rekordsteuereinnahmen von über 42 Milliarden Euro gibt die SPD/Grüne Landesregierung zusätzliches Geld in Milliardenhöhe im Wesentlichen nur wieder für die marode und abzuwickelnde WestLB aus. Statt einen sozialen Wohnungsbau voranzutreiben wird hier sogar gekürzt. Besonders im gesamten Bildungsbereich fehlen Mittel für Investitionen und Personal. Versprochen-gebrochen, das ist das Fazit zur Politik dieser erneute SPD-Grünen Landesregierung. Die Wählerinnen und Wähler sind gewarnt. Einen Politikwechsel bei der Bundestagswahl 2013 wird es nur mit der LINKEN geben. Wer SPD oder Grüne wählt wird wohl letztlich sogar bei der Merkel-CDU landen.“

Peer Steinbrück spricht:

„Meine Bewerbung um die Kanzlerkandidatur zeigt, dass mir dieses politische Engagement wichtiger ist als Geld. Denn sonst würde ich mehr verdienen, wie ja jetzt jedermann weiß.“ (Quelle: Junge Welt vom 26. 11. 2012, Bezug Bild am Sonntag) Die Amtsbezüge eines Bundeskanzlers betragen ca. 270.000 Euro. Sie sind zu versteuern, aber frei von Abzügen zur Renten- und Arbeitslosenversicherung. Zusätzlich erwachsen gestaffelte, hohe Pensionsansprüche. Die private Nutzung von bundeseigenen Transportmitteln und die Miete seiner Dienstwohnung trägt der Steuerzahler. Das ist alles in Ordnung, aber bei dem vorher angehäuften Vermögen durch Nebentätigkeiten lässt es sich sehr gut leben. Erstaunlich ist, dass Peer Steinbrück zugibt, durch Nebenverdienste, zum Beispiel durch Vorträge vor Unternehmen, mehr verdient zu haben, als das Einkommen einer Bundeskanzlerin. *Lutz Pfundner*

DIE LINKE. Düsseldorf hat gewählt: Sahra Wagenknecht und Helmut Born unsere Direktkandidat_innen



Sahra Wagenknecht

DIE LINKE. Düsseldorf hat am 17. November auf seiner Mitgliederversammlung die Direktkandidat_innen für die beiden Düsseldorfer Wahlkreise zur Bundestagswahl 2013 gewählt. Der Gewerkschafter und Betriebsratsvorsitzende Helmut Born wurde einstimmig als Kandidat für den Wahlkreis 106 (Düsseldorf-Nord), die stellvertretende Vorsitzende der Partei und der Bundestagsfraktion der LINKEN Sahra Wagenknecht wurde mit 94 % der Stimmen als Kandidatin des Wahlkreises 107 (Düsseldorf-Süd), gewählt. In ihrer Rede kritisierte Sahra Wagenknecht die Politik der Bundesregierung scharf: „Schwarz-Gelb macht Politik für Finanzhaie und Superreiche. Die Euro-Rettungsschirme dienen vor allem den Banken, während der Steuerzahler für Milliarden haften soll. Allen Geschenken an die Finanzmafia haben SPD und Grüne zugestimmt.

Es ist deshalb heuchlerisch, wenn Politiker dieser beiden Parteien behaupten, sie seien Opposition zur Merkel-Regierung gewesen. Gegen Bankenrettungspakete und Sozialkürzungen hat einzig DIE LINKE gekämpft“.

Im Anschluss an die Mitgliederversammlung zur Wahl der Direktkandidat_innen fand die Jahreshauptversammlung des Kreisverbandes DIE LINKE: Düsseldorf statt. Der Kreisvorstand legte Rechenschaft über die Arbeit im vergangenen Jahr ab. Im Anschluss fanden die Neuwahlen des Vorstandes statt.

Die bisherigen Vorstandsmitglieder Birgit Spahr, Nils Böhlke, Andreas Dittmar, Ronny Meyer und Wolfgang Spahr kandidierten nicht mehr. Im Namen des ganzen Kreisverbandes bedankte sich Lutz Pfundner für die geleistete Arbeit. Alle Ausscheidenden erklärten, auch in



Helmut Born

Zukunft die Arbeit des Vorstandes zu unterstützen. Es wurden gewählt: Lutz Pfundner als Sprecher, Peter Nowinski als Schatzmeister, Carina Limper, Dagmar Maxen, Jacqueline Mzoughi, Udo Bonn, Mbulelo Dlangamandla und Christian Jäger als weitere Vorstandsmitglieder.



Der neue Kreisvorstand stellt sich vor

Freund der Bosse will Kanzler werden Mit Peer Steinbrück macht die SPD weiter wie bisher

Am 1. Oktober kürte der Parteivorstand der SPD Peer Steinbrück einstimmig zum Kanzlerkandidaten. Was wir von einem Bundeskanzler Steinbrück zu erwarten haben, lässt sich an seiner Biographie der letzten zehn Jahre ablesen. 2002 wurde er zum Ministerpräsidenten des Landes NRW gewählt. Er folgte Wolfgang Clement, der sein Amt aufgab um als Minister für Arbeit und Wirtschaft den Sozialabbau auf Bundesebene fortzusetzen. Bei der Landtagswahl 2005 erzielte die SPD mit 37,1 Prozent das bis dahin schlechteste Ergebnis und Peer Steinbrück wurde abgewählt.

Im November 2005 wechselte er nach Berlin und wurde Bundesfinanzminister. Er kündigte an, die Politik von Hans Eichel, der unter Schröder Finanzminister war, fortzusetzen. In die Amtszeit von Hans Eichel fiel nicht nur die Einführung der Agenda 2010 sondern auch die Deregulierung der Finanzmärkte, die Steuergeschenke für Konzerne und Finanzspekulanten. Bis September 2008 vertrat er die irrije Meinung,

das deutsche Bankensystem sei stabil und keine Rettung nötig. Bereits wenige Monate später begann die Rettung der Hypo-Real-Estate, der Commerzbank, der IKB und vieler Landesbanken.

Bei der Bundestagswahl am 27. September kandidierte er in Mettmann als Direktkandidat. Er verlor die Wahl, zog allerdings über die Landesliste in den Bundestag ein. Am 29. September erklärte er seinen Rückzug aus der Spitzenpolitik, legte sein Amt als stellvertretender Bundesvorsitzender nieder und erklärte seinen Verzicht auf neue Ämter. Sein Bundestagsmandat nahm er allerdings an. Da er sein Bundestagsmandat sehr zurückhaltend ausführte (er hielt 2009 und 2010 keine einzige Rede im Bundestag wie Abgeordnetenwatch berichtete), hatte er viel Zeit, lukrative Vorträge vor Unternehmerverbänden oder Konzernen zu halten. Bei insgesamt 89 Veranstaltungen dieser Art dürfte er nach Einschätzung von Focus ca. 700.000,- Euro dabei verdient haben. Im Januar 2010 heuerte er bei Thyssen-Krupp als Aufsichtsratsmit-

glied an und erhält dafür ein Gehalt von 130.000 bis 230.000 Euro.

Besonders skandalös war sein Auftritt bei den Bochumer Stadtwerken. Dort erhielt er für einen Vortrag 25.000 Euro. Dieses Geld ist nicht nur von den Arbeitnehmern der Stadtwerke erarbeitet worden, sondern wurde auch von vielen Arbeitnehmer_innen, Erwerbslosen und Rentner_innen über hohe Strompreise aufgebracht. Kritisch zu sehen ist auch seine Nähe zur Finanzlobby. Bis 2008 warnte er vor einer Deregulierung der Finanzmärkte. Er setzte sich darüber hinaus für die Integration privatwirtschaftlicher Unternehmen in öffentliche Aufgaben ein (Public Private Partnerships).

Bei einer SPD-Veranstaltung erklärte Peer Steinbrück kürzlich: „Wir sollten stolz auf das Erreichte sein“. Das sollte er den Menschen erzählen, die unter Hungerlöhnen und Harz IV leiden. Dieser Mann ist keine Alternative zur Kanzlerin. Nur eine starke LINKE wird für eine soziale, gerechte und solidarische Gesellschaft stehen. *Lutz Pfundner*

Kampf um Menschenrechte

Berechtigte Forderungen der Flüchtlinge bleiben bestehen

Es war ein Anblick, den auch der Fernsehzuschauer nicht vergisst: Im Dauerregen am Brandenburger Tor eine kleine Wagenburg aus Regenschirmen und Plastikplanen, Polizisten gehen darauf zu und reißen den Menschen Schirme und Planen weg. Die Gemeinheit dieser Szene lässt auch unbeteiligte Bürger_innen verstehen, was vor sich geht. Eine ältere Frau stellt sich schützend vor die Flüchtlinge und schreit die Polizisten an: „Diese Menschen haben es schwer genug!“

Bereits im Sommer, als protestierende Flüchtlinge mit Unterstützung von den Flüchtlingsorganisationen STAY, der KARAWANE, der Jugendorganisation der LINKEN solid und der Partei DIE LINKE. Düsseldorf, in Landtagsnähe kampierten, hatten Polizei und Verwaltung die Flüchtlinge mit Schikanen zur

Aufgabe bewegen und sie zurück in die Flüchtlingslager treiben wollen. Durch Bruch der Residenzpflicht (Verbot den Aufenthaltsort zu verlassen) machten sie auf ihre Isolation und Erniedrigung aufmerksam; auf Selbstmorde unter den Insassen der Unterkünfte.

Damit ihre Forderungen wahrgenommen werden, traten Flüchtlinge bundesweit in den Hungerstreik und nähten sich in ihrer Verzweiflung sogar die Münder zu. Immer nahmen Sie bei ihrem Protest das Risiko der Abschiebung in Kauf. Aber im Oktober sind sie nach einem Protestmarsch von 600 Kilometern und vielen Besuchen in Flüchtlingslagern in Berlin angelangt - und in der Fernseh-Öffentlichkeit. Auch wenn ihnen die Polizei bei Eiseskälte Isomatten und alles andere wegnimmt, was das Sitzen auf dem blanken Boden mildern könnte.

Für den 7. November beantragte DIE LINKE im Bundestag eine aktuelle Stunde zu den Forderungen der Flüchtlinge. Doch diese erleben von der Besuchertribüne aus Scheinheiligkeit und Vorurteile, als die CDU knallhart die Stamm-tische bedient und von organisiertem Asylmissbrauch und Missbrauch der Sozialsysteme spricht.

So bleiben die berechtigten Forderungen der protestierenden Flüchtlinge weiter unerfüllt:

- Anerkennung als politische Flüchtlinge
- Drastische Verkürzung der Bearbeitungsdauer der Asylanträge
- Anspruch auf Anwalt_innen und Dolmetscher_innen von Beginn des Asylverfahrens an
- Freie Arztwahl
- Die Möglichkeit der Familienzusammenführung
- Arbeits- und Studierenerlaubnis für alle Asylbewerber_innen
- Abschaffung der Gemeinschaftsunterkünfte
- Abschaffung der Residenzpflicht
- Abschaffung der Essenspakete
- Einführung eines Anspruchs auf professionelle Deutschkurse

DIE LINKE ist mit den Flüchtlingen solidarisch. Kein Mensch ist illegal!

Wer mehr erfahren möchte:

<http://www.refugeetenfaction.net>

Christian Jäger / Dietmar Liebetanz



Flüchtlingskarawane in Berlin angekommen

Foto: linksfraktion

Altersarmut durch Demografielüge

Produktivitätsfortschritt wird völlig außer acht gelassen

Jeder kennt mittlerweile die Rechnung nach der bald durchschnittlich jeder Beschäftigte einen Rentner zu versorgen hat, weshalb die Lebensarbeitszeit verlängert und die private Vorsorge ausgebaut werden muss. Mittlerweile wird aber mehr und mehr Menschen klar, dass dieses Bild vor allem auf gute Lobbyarbeit der privaten Versicherungsbranche basiert und insbesondere die Konsequenzen nicht alternativlos sind.

Zunächst sollte eigentlich das Bild nicht nur auf die Rentner und die Beschäftigten, sondern auf die ganze Gesellschaft gerichtet werden und da kann zwar festgestellt werden, dass es zwar mehr Rentner gibt, die von den Beschäftigten mitversorgt werden müssen, aber dass gleichzeitig ein Beschäftigter auch ein vielfaches an Werte schafft. Früher waren hunderte Beschäftigte nötig, um die Produkte herzustellen, für die in hochautomatisierten Fabriken heute nur noch ganz wenige Arbeiter gebraucht werden. Dieser Produktivitätsfortschritt ist in den letzten Jahrzehnten aber nicht bei den Beschäftigten und den Rentnern ange-

kommen, sondern direkt in die Taschen der Investoren und Banken geflossen. Da der Produktivitätsfortschritt schneller voranschreitet als die Alterung der Gesellschaft, könnte durch eine gerechte Verteilung des größer werdenden Ku-



Foto: © flickr/hailippe

chens auch problemlos die zunehmende Zahl der Rentner versorgt werden. Von daher ist eine Rente erst ab 67 nur dann nötig, wenn die Regierung nicht gewillt ist, die Produktivitätsfortschritte gerecht auf alle zu verteilen. Grüne,

SPD, CDU und FDP haben in den letzten Jahren bewiesen, dass das bei ihnen der Fall ist.

Noch absurder ist die Behauptung, dass private Vorsorge das „Demografieproblem“ beheben könnte. Schließlich wird das angelegte Geld der privaten Sparer ebenso wie das Geld der öffentlichen Rentenkassen nicht in ein Tresor verfrachtet und dort aufbewahrt bis die Rente kommt. Auch dieses Geld wird direkt weitergegeben an die Rentner die in der Vergangenheit Ansprüche erworben haben oder an die Finanzmärkte gegeben, damit aus diesem Geld durch die Arbeit der Beschäftigten Renditen erwirtschaftet werden. Wenn dann irgendwann Ansprüche ausgezahlt werden, müssen diese auch bei privaten Versicherern zu diesem Zeitpunkt von Beschäftigten erarbeitet werden.

Notwendig wäre daher eine gerechte Umverteilung in die gesetzliche Rente, die durch die gerechte Beteiligung hoher Gehälter und die Beteiligung von Kapitalrenditen an den Rentenkassen auf breitere Füße gestellt werden muss. Dafür wird DIE LINKE weiter kämpfen.

Die Bundesregierung manipuliert Armutsbericht

Im September 2012 begriff die Bundesregierung plötzlich, was die jahrelange neoliberale Politik in der Bundesrepublik angerichtet hatte. Die Reichen wurden immer reicher und die Armen immer zahlreicher. Lohndumping, Rentenkürzung, Leiharbeit und dazu die Steuergeschenke für die Reichen. So kamen die entsprechenden Formulierungen in den Armutsbericht der Bundesregierung im September 2012. Da erkannte der FDP-Wirtschaftsminister Rösler plötzlich, dass das nicht gut ist für das Image der Bundesregierung und ihre verfehlte Politik. Also wurde im November der Armutsbericht verändert und die negative Ergebnisse der eigenen Politik herausgenommen.

So formuliert die Bundesregierung:

- *Privatvermögen in Deutschland sind ungleich verteilt:* ersatzlos gestrichen
- *Die Einkommensspreizung hat zugenommen:* ersatzlos gestrichen
- *Während die Einkommensentwicklung im oberen Bereich positiv steigend war, sind die unteren Löhne in den vergangenen zehn Jahren preisbereinigt gesunken:* Neu: sinkende Reallöhne Ausdruck struktureller Verbesserungen am Arbeitsmarkt (!!!!)
- *über vier Millionen Menschen arbeiten für einen Bruttolohn von unter sieben Euro:* ersatzlos gestrichen
- *dass die gesellschaftliche Spaltung größer werde:* ersatzlos gestrichen.

IMPRESSUM

Rheinblick

Herausgeberin:

Kreisverband DIE LINKE.
Corneliusstr. 108
40215 Düsseldorf

Redaktion:

Nils Böhlke, Dietmar Liebetanz, Lutz Pfundner, Birgit Spahr, Wolfgang Spahr

Tel:

0211 933 60 81

email:

info@die-linke-duesseldorf.de

web:

www.die-linke-duesseldorf.de

V.i.S.d.P.:

Lutz Pfundner

Druck:

Berliner Zeitungsdruck

Auflage:

25.000

Gegen Wohnungsnot

Bündnis für bezahlbaren Wohnraum

Seit Jahren sind Wohnungen in Düsseldorf Mangelware. Die Stadt wächst, weil immer mehr Menschen nach Düsseldorf ziehen, der Neubau von Wohnungen hinkt hinterher. Nach den Gesetzen der freien Marktwirtschaft, bei der das Angebot den Preis bestimmt, heißt das, dass die Mieten kontinuierlich ansteigen.

Investiert wird zurzeit nur in den Bau von teuren Wohnungen. Im sozialen Wohnungsbau fallen immer mehr Wohnungen aus der Preisbindung, ohne das ausreichende Ersatz geschaffen wird. Mittlerweile können sich auch Menschen mit normalem Einkommen die steigenden Mieten kaum noch leisten.

Im Oktober hat sich eine Initiative gegründet, die es sich zum Ziel gemacht hat, als starke Gemeinschaft Druck auf die Stadt auszuüben und real bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

Die Initiative fordert von der Stadt, selbst Wohnungen zu bauen und für diese Wohnungen Nettokaltmieten von 5,- Euro pro Quadratmeter zu realisieren. Weitere Forderungen sind, die Landesfördermittel für den Wohnungsbau zu nutzen, städtische Grundstücke selbst zu bebauen oder sie in Erbpacht zu vergeben, statt

sie zu verkaufen, vorhandene städtische Wohnungen nicht zu verkaufen und die Möglichkeiten des Baugesetzbuches zu nutzen um Verdrängungsprozesse zu verhindern.

Mittlerweile haben sich im „Bündnis für bezahlbaren Wohnraum“ mehr als ein Dutzend Initiativen und Organisationen zusammengefunden, die sich regelmäßig treffen, um zu diskutieren, wie diese

Forderungen umgesetzt werden können. Es haben bereits mehrere spektakuläre Aktionen stattgefunden, die auch die Aufmerksamkeit der Medien gefunden haben.

Die Forderungen des Bündnisses werden seit Jahren auch von der Ratsfraktion DIE LINKE. erhoben, deshalb arbeitet DIE LINKE. aktiv im Bündnis mit.

Das Bündnis informiert unter www.bezahlbarer-wohnraum-duesseldorf.de



SleepOut Aktion des Bündnisses in der Altstadt

Allwetterbad erhalten

Für den Ganzjahresbetrieb

Nachdem der Rat der Stadt Düsseldorf auf seiner Sitzung am 20.09.2012 beschlossen hat, das Rheinbad zu einem Schwimmleistungszentrum umzubauen und die vorhandene Dachkonstruktion des Allwetterbades in Flingern abzureißen, wird jetzt erst deutlich, welche Auswirkungen diese Maßnahmen auch auf den Betrieb des Düsseldorfstrandes haben.

Bisher stand das Allwetterbad am Flinger Broich ganzjährig Schwimmvereinen und Schulen zu Verfügung. Durch den notwendigen Abriss der Dachkonstruktion kann seit Ende der Herbstferien dort nicht mehr trainiert und unterrichtet werden. Der Schwimmunterricht und das Training ist verstärkt zum Düsseldorfstrand verlegt worden, was dazu führt, dass dieses Bad der Öffentlichkeit nur noch eingeschränkt zur Verfügung steht. Diese Beschränkung des Betriebes soll bis Ende des ersten Schulhalbjahres aufrecht erhalten bleiben. Wenn das Rheinbad umgebaut ist, sollen die Trainings- und Unterrichtszeiten neu auf die Düsseldorfer Bäder aufgeteilt werden.

Es ist zu befürchten, dass der Düsseldorfstrand weit über den Januar 2013 der Bevölkerung nur eingeschränkt zur Verfügung steht. Zum Einen wird der Umbau des Rheinbades bis Ende Januar nicht fertig gestellt sein. Also wird auch über

dieses Datum hinaus eine verstärkte Inanspruchnahme des Düsseldorfstrandes für Vereine und Schulen notwendig sein. Zum Zweiten soll im neuen Jahr das „Konzept“ der eingeschränkten Öffnung des Düsseldorfstrandes ausgewertet werden. Es ist also daran gedacht, das Bad langfristig für die Öffentlichkeit nur eingeschränkt zu öffnen.

Auch in Zukunft ist der ganzjährige Betrieb des bisherigen Allwetterbades notwendig. Auch wenn mit Fertigstellung des Umbaus im Rheinbad irgendwann ein Sportbecken zur Verfügung steht, ist es den Vereinen und insbesondere den Schulen, die zurzeit in Flingern trainieren, nicht zuzumuten, bis zum Rheinbad zu fahren. Wegen der Äußerungen der Verantwortlichen ist zu befürchten, dass in Zukunft am Flinger Broich nur noch ein Freibad

betrieben wird und der Düsseldorfstrand der Öffentlichkeit nur eingeschränkt zur Verfügung steht.

Das Allwetterbad muss in seiner gesamten Funktionsfähigkeit langfristig erhalten bleiben. Die vorhandenen Becken sind, soweit notwendig, zu sanieren. Für das Sportbecken ist eine neue Überdachung zu planen und zu errichten, damit der Betrieb ganzjährig durchgeführt werden kann.

Die Stadtverwaltung geht davon aus, dass sämtliche Becken im Allwetterbad sanierungsbedürftig sind. Trotz der Resolution, in der in der Ratssitzung vom September der langfristige Erhalt des Freibades gefordert wurde, sind keine Mittel für die Sanierung der Becken im Haushalt für 2013 vorgesehen.



Bald auf dem Trocknen sitzend

Foto: © flickr/ajari

Mobile Proberäume

In Düsseldorf fehlt eine bedeutende Zahl an Proberäumen. Die Düsseldorfer „Proberaum-Recherche 2012“ stellte hierzu bereits Anfang des Jahres fest: „Die Nachfrage ist sehr viel größer als das Angebot, und die Bands zahlen daher zum Teil unangemessene Mieten bzw. lassen sich auf bedenkliche Bedingungen ein.“

Während dieses Jahres hat sich die schwierige Situation weiter zugespitzt. Mit Schließung des Bunkers Heyestraße in Gerresheim sind viele Proberäume weggefallen. Hinzu kommt die vorübergehende Schließung des Bunkers Gather Weg in Lierenfeld, wodurch der größte Komplex an Proberäumen in der Stadt für etwa zwei Jahre nicht zur Verfügung steht. Nach der Wiedereröffnung sollen zudem die Mietpreise der Proberäume im Bunker kräftig steigen. Zur schnellen Verbesserung der Situation empfiehlt die „Proberaum-Recherche 2012“ die Aufstellung von Proberaum-Containern. Diese mobilen Container enthalten alles, was für Bandproben benötigt wird. Dabei erfüllen sie alle geforderten Schallschutzwerte sowie die bau- und feuerpolizeilichen Auflagen. Um eine schnelle Entschärfung der Situation zu erreichen, beantragten wir zu den diesjährigen Haushaltsberatungen daher die Bereitstellung solcher Container. Leider wurde dieser Antrag im Kulturausschuss von CDU, FDP, SPD und Grünen nicht unterstützt.

„JobPerspektive Wald“

Eigentlich ist das NRW-Programm „JobPerspektive“ ein positives NRW-Projekt um Langzeitarbeitslose in den Arbeitsmarkt einzubinden. Die Stadt Düsseldorf führt das allerdings ins Sinnlose. Aufgabe der Beschäftigten soll die Müllbeseitigung im Wald sein. Allen Ernstes begründet sie die „JobPerspektive Wald“ mit dem naturnahen Einsatz und der nachhaltigen Pflege des Stadtwaldes. Wie daraus eine Jobperspektive für die Betroffenen entstehen soll, bleibt das Geheimnis der Verwaltung. DIE LINKE. forderte im Ausschuss für öffentliche Einrichtungen die geplanten Stellen in reguläre Arbeitsverhältnisse zu überführen mit einer qualitativ umfangreicheren und anspruchsvolleren Arbeitsplatzbeschreibung. Der Antrag wurde von der Mehrheit der anderen Parteien abgelehnt.

Liveübertragungen

In der letzten Ausgabe des Rheinblicks berichteten wir über unseren Antrag, die Ratssitzungen live im Internet zu übertragen. Wie beschrieben wurde dieser Antrag zwar abgelehnt, ein Prüfantrag zur Übertragung jedoch angenommen. Auf der Ratssitzung am 8. November 2012 wurde nun bekannt gegeben, dass aufgrund des Prüfantrags die Ratssitzungen für sechs Monate versuchsweise live im Internet übertragen werden. Im Anschluss wird diese Testphase ausgewertet und über ein Fortführen der Übertragungen entschieden.

Unser zweiter Antrag zum Thema, welcher die anschließende Speicherung der Übertragungen auf der städtischen Internetseite zum Inhalt hatte, wurde jedoch abgelehnt. Die Verwaltung machte hierzu datenschutzrechtliche Bedenken geltend, obwohl der Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit NRW eine solche Speicherung für zulässig hält.

Wir begrüßen, dass die Ratssitzungen zukünftig live unter duesseldorf.de verfolgt werden können. Da viele EinwohnerInnen jedoch nicht die Möglichkeit haben die Sitzungen live zu verfolgen, werden wir uns auch weiterhin für eine anschließende Zurverfügungstellung der Übertragungen einsetzen.

MigrantInnenselbstorganisationen

können als Interessenvertretungen von MigrantInnen dazu dienen, eigene Identität und Anliegen zu definieren und zu vertreten. Die Stadt Düsseldorf fördert jedoch nur einen geringen Teil dieser Organisationen. Zur Mittelbeantragung muss ein äußerst fragwürdiges und kompliziertes Verfahren durchlaufen werden, um zum Eintritt in die Liste der ‚förderungswürdigen‘ Vereine aufgenommen zu werden. Erst dann können die Förderanträge gestellt werden. Den meisten kleineren Vereinen ist es aus organisatorischen Gründen gar nicht möglich, in diese Liste aufgenommen zu werden. DIE LINKE. Ratsfraktion Düsseldorf fordert daher die Abschaffung dieses Hindernisses. Durch eine Öffnung für alle Selbstorganisationen würden allerdings auch mehr Mittel benötigt. Wir beantragten daher eine deutliche Erhöhung der hierfür vorgesehenen Mittel von 140.000 Euro auf 300.000 Euro. Dieser Antrag wurde mit den Stimmen aller anderen Fraktionen abgelehnt.

Bildungs- und Teilhabepaket

Geld steht den Kindern zu

Als das Bundesverfassungsgericht 2010 feststellte, dass der Regelsatz für Kinder in Hartz IV gegen die Verfassung verstößt, mahnte es einen kindgerechten Regelsatz an. Die Bundesregierung war gefordert, aktiv zu werden und für die Kinder mehr Geld zur Verfügung zu stellen.

Heraus kam anstatt eines neuen Kinder-Regelsatzes ein unsägliches Bildungs- und Teilhabepaket (BuT). Frau von der Leyen und ihre Bundestagsmehrheit definierte dieses Werk als Teil des Existenzminimums von Kindern.

In der Umsetzung bedeutet das für die betroffenen Familien: komplizierte Anträge ausfüllen, von KiTa oder anderen Stellen bescheinigen lassen, zum Jobcenter fahren, anstehen und warten. Es kostet Zeit, Nerven und Fahrgeld. Das Ergebnis ist, dass viele Familien keinen Antrag auf das BuT stellen.

In Düsseldorf sind im Jahr 2011 rund 7,2 Millionen Euro vom Bund bereitgestellter Mittel nicht von Familien genutzt worden. Geld das den Kindern zusteht.

Damit dieses Geld nicht im allgemeinen Haushalt der Stadt Düsseldorf eingesackt wird, hat DIE LINKE. sowohl im Ausschuss für Gesundheit und Soziales (AGS) als auch im Rat den Antrag gestellt, dass diese Gelder direkt und

unbürokratisch an alle Anspruchsberechtigten ausgezahlt werden sollen. Diese Forderung stellen auch verschiedene soziale Initiativen in ganz NRW sowie in Düsseldorf. Der Antrag wurde von den anderen Parteien jedoch nicht unterstützt.

Fakt ist, das Bundesverfassungsgericht hat konkret gefordert, dass das Geld den Kindern gehören muss. „Das Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums

aus Art. 1 Abs. 1 GG in Verbindung mit dem Sozialstaatsprinzip des Art. 20 Abs. 1 GG sichert jedem Hilfebedürftigen diejenigen materiellen Voraussetzungen zu, die für seine physische Existenz und für ein Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben unerlässlich sind.“ (aus dem Leitsatz des BVerfG am 9.2.2010). Mit den verausgabten Geldern dürfen nicht die Lächer in den Haushalten der Städte gestopft werden.



Her mit unserem Geld!

Foto: © © piqs/ D. Sharon Pruitt

Konzepte gegen rechte Gewalt

Zusammen mit AntifaschistInnen

Kampf gegen rechte Gewalt ist nicht nur wegen der NSU-Mörderbande ein wichtiges Thema, auch in Düsseldorf gibt es rechte Gewalt. Immerhin steht Düsseldorf an dritter Stelle in NRW beim Thema rechter Gewalt.

Anlass, dass DIE LINKE. Ratsfraktion dieses Thema in den Düsseldorfer Stadtrat brachte. Sie forderte, dass die Stadtverwaltung gemeinsam mit anderen Organisationen, die im antifaschistischen Bereich tätig sind, Konzepte gegen Rechtsextremismus und rechte

Gewalt erarbeitet. DIE LINKE. verwies in ihrem Antrag auf die gemeinsame Resolution, die von den Düsseldorfer Parteien CDU, SPD, Grünen, FDP und LINKE. getragen wird. Angelika Kraft-Dlangamanda, Sprecherin der Fraktion: „Es reicht nicht aus, Resolutionen zu verabschieden, es muss dringend gehandelt werden. Es müssen Gegenkonzepte erarbeitet werden, damit insbesondere junge Menschen nicht auf die Parolen von rechts hereinfallen. Es gibt viele Düsseldorfer antifaschistische

Organisationen, die bereits in diesem Bereich arbeiten, die viel Wissen und Erfahrungen haben.“

Der Antrag war Anlass für eine lange Diskussion, in der der Vorsitzende des Integrationsausschusses und Mitglied der CDU-Ratsfraktion, Pavle Madzirov, besonders negativ auffiel.

Düsseldorf, so Madzirov, habe dank der Wirtschaftspolitik der CDU genug Ausbildungsplätze für alle und darum kein Problem mit rechter Gewalt. Im Gegensatz zu den 90er Jahren als noch SPD und Grüne die Mehrheit im Rat stellten. Und weiter: Wenn man sich mit Ausländerfeindlichkeit beschäftige, muss man sich auch mit Deutschenfeindlichkeit beschäftigen. Im Übrigen gäbe es in Düsseldorf keine Probleme mit rechter Gewalt oder organisiertem Rechtsextremismus.

Der Antrag der LINKEN und der Änderungsantrag von SPD und Grünen wurden zur weiteren Behandlung an einen Fachausschuss verwiesen.

Bei diesem Vorsitzenden wollte allerdings niemand den Antrag im zuständigen Integrationsausschuss behandelt wissen, deshalb wurde er einstimmig in den Hauptausschuss verwiesen.



Leider immer aktuell

Foto: © © flickr/libertinus

Masterplan Schulen

Keine Kürzungen im Bildungsbereich

Die Stadt Düsseldorf ist für die bauliche Infrastruktur der Schulen in Düsseldorf verantwortlich. Die Sanierung, Modernisierung und der Neubau von städtischen Schulgebäuden soll im Rahmen des Masterplans Schulen erfolgen. Im Jahr 2009 kündigte die Stadt per Pressemitteilung bezüglich des Masterplans an: „Ab dem Jahr 2010 sollen für fünf Jahre pro Jahr 50 Millionen Euro bereitgestellt werden.“ Soweit die Ankündigung, tatsächlich wurden jedoch weitaus geringere Mittel bereitgestellt und noch viel weniger auch wirklich verbaut.

Aufgrund der angespannten Lage in den Schulen organisierte der „Stadtelternrat Düsseldorf“ eine gut besuchte Demonstration zur Ratssitzung am 8. November.

Im Aufruf zur Demonstration wird zur Situation in Düsseldorf festgestellt: „Die Stadt Düsseldorf hat in den letzten Jahren kaum eigene Euros in die Schulen gesteckt und vor allem: Viel weniger

Geld, als behauptet! Aus zuverlässigen Quellen des Rathauses wird bekannt, dass die Stadt zwar jedes Jahr eine Bildungspauschale von bis zu 18 Mio. Euro vom Land NRW erhält, großzügig z. B. im Jahr 2010 satte 50 Mio. Euro für den Masterplan Schulen einplant, doch am Ende nur 12 Mio. Euro ausgibt. Die restlichen 6 Mio. Euro des Landes und die geplanten 32 Mio. der Stadt werden dann aber nicht in den Masterplan Schulen sondern „anderweitig investiert“! Sie versickern im allgemeinen Haushalt! ... Die Stadt Düsseldorf bringt ihre Schüler um ihre Bildung!“

Aus Sicht der Ratsfraktion DIE LINKE ist die Situation in Düsseldorfs Schulen tatsächlich nicht mehr tragbar. Viele Schulen warten seit Jahren auf bereits genehmigte Bauvorhaben, Toiletten sind marode, Decken beschädigt und Heizungen defekt.

Zur Behebung dieser Mängel ist eine deutliche Mittelaufstockung und die tatsächliche Verbauung dieser dringend

erforderlich. Statt einer Erhöhung und geeigneter Maßnahmen zur zügigen Umsetzung, sollte im kommenden Jahr der Ansatz zum Bauunterhalt im Rahmen des Masterplans jedoch von etwa 30 Mio. Euro auf rund 15 Mio. gekürzt werden.

DIE LINKE. Ratsfraktion Düsseldorf stellte daher den Antrag, zumindest diese Kürzung rückgängig zu machen und die gesamten 30 Mio. Euro in den Haushalt einzustellen. Der Antrag wurde abgelehnt. Aufgrund des enormen öffentlichen Drucks ließen sich jedoch CDU und FDP dazu bewegen, 5,5 Mio. Euro für kleinere Instandsetzungsmaßnahmen in den Haushalt einzustellen. Diese Mittel sind zwar völlig unzureichend und es ist davon auszugehen, dass erneut ein Großteil des bewilligten Geldes nicht verbaut wird und die Erhöhung somit unwirksam wird. Dennoch zeigt sich, dass selbst kleinste Verbesserungen nur mit Hilfe öffentlichen Drucks durchzusetzen sind.

Angst vor KiTa-Übergabe

Und wieder gibt es Ängste von Eltern und ErzieherInnen wegen der geplanten Übergabe einer städtischen KiTa im Düsseldorfer Süden. Dies ist innerhalb einiger Monate nun schon die zweite im Stadtbezirk 10 (Garath/Hellerhof). Der Rheinblick berichtete über die KiTa in der Carl-Friedrich-Goerdele-Straße, die laut Ratsbeschluss (ohne die Stimmen der LINKEN) an SOS Kinderdörfer übergeben wird. Die Proteste der Betroffenen interessierte die Ratsmehrheit von CDU, Grüne und FDP nicht. Die Stadt plant, ca. 20 städtische KiTas an freie Träger abzugeben, um Kosten zu sparen. Die Eltern der betroffenen städtischen KiTa in Hellerhof wollen das nicht hinnehmen und haben das in Protesten, in Schreiben an die Fraktionen und in der Presse sehr deutlich gemacht. Die Stadt Düsseldorf muss sich auf weitere Proteste einstellen, wenn sich die Eltern und ErzieherInnen der anderen geplanten städtischen Übergabe-KiTs organisieren und protestieren. Die Eltern und SchölerInnen Düsseldorfer Schulen haben bereits gezeigt, wie das geht und dass es damit auch Erfolge geben kann. Mittlerweile wird von CDU-Mitgliedern in der Presse darauf verwiesen, dass es erst in 2013 zu Entscheidungen über KiTa-Übergaben kommen wird. Jetzige Aufregungen seien unnötig. Da zeigt sich wohl doch die Angst vor massivem Ärger mit Eltern und ErzieherInnen.



Warten darauf, das endlich etwas passiert

©©Piqs/Joel Bombardier

Kindertageseinrichtungen

Situation verbessern

Ab August 2013 besteht Rechtsanspruch auf einen Platz für unter Dreijährige in einer Kindertageseinrichtung. Die aktuellen Ausbauquoten dieser Plätze in den einzelnen Stadtbezirken erfragten wir in den jeweiligen Bezirksvertretungen. Für ganz Düsseldorf wird die Ausbauquote laut Oberbürgermeister Elbers im August nächsten Jahres bei knapp 40 % liegen.

Dass dieser Wert bei Weitem nicht ausreichen wird, die Wünsche der Eltern nach einem Betreuungsplatz zu erfüllen, hatte sich bereits seit Langem abgezeichnet. Daher fordert die Ratsfraktion DIE LINKE. seit Jahren die Bereitstellung zusätzlicher Mittel, um einen schnelleren Ausbau zu gewährleisten. Als besonders wichtig erachten wir hierbei den Ausbau integrativer

Betreuungsplätze für unter Dreijährige, wovon in Düsseldorf nur wenige existieren. Für Eltern mit benachteiligten Kindern ist es elementar, dass sie wohnortnahe Plätze vorfinden, welche den besonderen Anforderungen der betroffenen Kinder gerecht werden.

Neben dem schnellen Ausbau der Betreuungsplätze sind auch weitere Verbesserungen im Bereich der Kindertageseinrichtungen erforderlich. So halten wir die Abschaffung der Gebühren für unter Dreijährige und somit die generelle Kostenfreiheit von Kindertageseinrichtungen für eine gesellschaftspolitische Notwendigkeit. Die Einrichtung eines kostenlosen und gesunden Mittagessens für alle Kinder in den Einrichtungen ist eine weitere unserer Forderung.

Des Weiteren treten wir für eine bessere Personalausstattung der Kindertageseinrichtungen ein, da für eine qualifizierte und auskömmliche Betreuung neben der Gruppengrößen, der Qualifikation des Personals und den Arbeitsbedingungen, auch eine gute Fachkraft-Kind-Relation von zentraler Bedeutung ist.

Zur Haushaltssitzung des Jugendhilfeausschusses beantragten wir daher eine deutliche Erhöhung der Mittel für den Ausbau integrativer Betreuungsplätze, die Abschaffung der Gebühren für Kindertageseinrichtungen, die Einrichtung eines kostenlosen und gesunden Mittagessens und eine bessere Personalausstattung. Leider wurden alle Anträge mit den Stimmen von CDU, FDP und Grünen abgelehnt.

IMPRESSUM

Rheinblick

Herausgeberin:

Ratsfraktion DIE LINKE.
im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf
Luegallee 65
40545 Düsseldorf

Redaktion:

Angelika Kraft-Dlangamandla, Michael Friebe, Michael Driever, Ben Klar

Tel:

0211 89 95 123

Fax:

0211 89 29 588

email:

info@linksfraktion-duesseldorf.de

web:

www.linksfraktion-duesseldorf.de

V.i.S.d.P.:

Gilbert Yimbou

Druck:

Berliner Zeitungsdruck

Auflage:

25.000

Betriebsprüfer

Die Finanzämter legen die individuelle Höhe der Gewerbesteuer fest. Die Kommunen sind an diesem Verfahren grundsätzlich nicht beteiligt. Sie haben auch kein eigenes Einspruchsrecht gegen einen Gewerbesteuermessbescheid. Daher hat der Gesetzgeber ihnen ein Teilnahmerecht an Betriebsprüfungen eingeräumt. Es wird den Gemeinden damit ermöglicht, ihre verschiedenen Rechte schon im Steuerermittlungsverfahren auszuüben.

Dieses Auskunfts- und Teilnahmerecht nehmen verschiedene Großstädte im Bundesgebiet (z.B. Köln) als freiwillige Aufgabe wahr, Düsseldorf jedoch nicht. Die Gemeinden im Umland von Düsseldorf, die dieses Recht wahrnehmen, konzentrieren sich bei dem Einsatz auf Konzerne und Großbetriebe. In Köln wurden für diese Aufgabe sechs Stellen eingerichtet, welche zu erheblichen Mehreinnahmen führen: „Durch die Tätigkeit der Betriebsprüfung werden pro Mitarbeiter und Jahr (nach erfolgter Einarbeitung) durchschnittlich ca. 1 Mio. EUR Gewerbesteuermehr-einnahmen als Ist erwirtschaftet, die ansonsten nicht erwirtschaftet würden.“ (So eine Mitteilung der Stadt Köln)

Laut Düsseldorfer Verwaltung wäre für jede Stelle in diesem Bereich mit Personalkosten in Höhe von rd. 75.000 Euro – 84.000 EUR (ohne Verwaltungsgemeinkosten) pro Jahr zu rechnen. Dem würden die zu erwartenden erheblich höheren Mehreinnahmen gegenüberstehen. Ein Antrag der Ratsfraktion DIE LINKE. auf die Einrichtung von vier Stellen in diesem Bereich wurde im Rat von der Mehrheit abgelehnt.

Sana-Kliniken Kein Einsatz von LeiharbeiterInnen

2007 beschloss die CDU/FDP-Mehrheit des Rates die Übertragung von 51% des Stammkapitals an den Kliniken und Seniorenzentren der Landeshauptstadt Düsseldorf an die Sana Kliniken GmbH & Co. KGaA. Befürchtet wurde damals schon von der Opposition, dass es zu Einsparungen am Personal und damit zu einer Verschlechterung des Services kommen wird. Beides scheint sich zu bestätigen.

Während der laufenden Tarifverhandlungen im Winter 2012 traten die Sana Kliniken aus dem kommunalen Arbeitgeberverband aus und wollten die 3,5 % Lohnerhöhung, die der Tarifabschluss im öffentlichen Dienst vorsah, nicht an die Beschäftigten weitergeben. Erst nach zähen Verhandlungen konnten sich die Beschäftigten der Sana-Kliniken im

August 2012 durchsetzen. Mit der Eröffnung der Sana-Klinik in Düsseldorf-Gerresheim wurde 70 Angestellten der Krankenhausküche zum März 2012 gekündigt. Zukünftig liefert ein Caterer das Essen für Patienten und MitarbeiterInnen. Auch die Bereiche Reinigung, Bettenzentrale und EDV werden ausgegliedert. Damit soll es nun weitergehen. Zukünftig sollen alle neu Eingestellten über die betriebseigene Leiharbeitsfirma „Sana Personal Service“ beschäftigt werden. Dies bedeutet laut ver.di bis zu 300 Euro Netto im Monat weniger für die Neuestellten - für die gleiche Tätigkeit. Dies ist nicht hinzunehmen.

Als Mitgeschafterin trägt die Stadt Düsseldorf weiterhin Verantwortung für die Beschäftigten und darf dem arbeitnehmerInnenfeindlichen Verhalten

der Sana Kliniken GmbH & Co. KGaA nicht tatenlos zusehen.

DIE LINKE. stellte dazu im November im Rat einen Antrag, dass sich die Stadt für die Interessen der Sana-ArbeitnehmerInnen einsetzen soll. Es kam zu einer lebhaften Debatte, die zu der seltenen Situation führte, dass sich mehrere CDU Ratsmitglieder enthielten und sich damit gegen ihre Fraktion stellten. OB Elbers konnte es gar nicht glauben, dass eine Mehrheit des Rates dem Antrag zustimmte. Mehrfach wiederholte er die Abstimmung, jedoch mit dem gleichen Ergebnis.

In der Bezirksvertretung 7 (Gerresheim) folgte daraufhin eine interfraktionelle Resolution, die sich einstimmig dafür aussprach sich für die Interessen der Sana-Beschäftigten einzusetzen.

DIE LINKE. Ratsfraktion Düsseldorf trauert um Gundel Kahl



Im Alter von 81 Jahren ist Gundel Kahl am 28. August 2012 nach langer Krankheit gestorben.

Gundel stammt aus einer Düsseldorfer Arbeiterfamilie. Bereits mit 19 Jahren trat sie in die KPD und die FDJ ein. Nach dem Verbot der KPD ging sie in die Illegalität und wurde aufgrund dessen 1962 verhaftet und in Untersuchungshaft genommen.

1968 bei Gründung der DKP wurde sie dort Mitglied und gehörte bis zu ihrem Tode dieser Partei an.

Von 2004 bis 2009 war sie Mitglied im Rat der Stadt Düsseldorf für die Linke Liste PDS. Von 2008 bis 2009 führte

sie die Linksfraktion Düsseldorf als Vorsitzende.

Sie war Mitglied in der VVN/BdA, im Düsseldorfer Friedensforum und bei ver.di.

Zur Kommunalwahl 2009 trat sie nicht mehr an, blieb der Ratsfraktion DIE LINKE. aber als sachkundige Bürgerin und stellvertretendes Mitglied im Gleichstellungsausschuss und Seniorenbeirat erhalten.

Mit ihrer Erfahrung und ihrem klaren politischen Standpunkt war Gundel der Ratsfraktion DIE LINKE. und ihren sachkundigen BürgerInnen immer ein Vorbild und eine Hilfe.

Den R(h)einblick abonnieren

Der R(h)einblick ist die kostenlose Zeitschrift der Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Düsseldorf. Die Fraktion DIE LINKE. möchte mit dem „R(h)einblick“ über ihre Arbeit im Rat der Stadt und in den Ausschüssen informieren und damit auch zum Aufbau einer „Gegenöffentlichkeit“ in Düsseldorf beitragen. Denn in unserer Stadt bestimmen eine einseitige Berichterstattung der Tagespresse und das städtische Amt für Kommunikation in weiten Teilen, was veröffentlicht wird. Was nicht passt, wird nicht gedruckt. Viele Bürgerinitiativen, Vereine und Einzelpersonen mussten das in den letzten Jahren ebenso

erleben wie die Fraktion DIE LINKE. im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf.

Der R(h)einblick wird kostenlos verteilt. Damit auch Sie den R(h)einblick regelmäßig erhalten, können Sie ihn einfach abonnieren. Eine Postkarte oder eine E-Mail an die Fraktion DIE LINKE. Düsseldorf genügt.

Fraktion DIE LINKE. Düsseldorf
Luegallee 65
40545 Düsseldorf

info@linksfraktion-duesseldorf.de

oder herunterladen unter:
linksfraktion-duesseldorf.de/rheinblick

Rheinblick

Zeitung der Ratsfraktion DIE LINKE. Düsseldorf

Ein Abo und immer gut informiert sein